

Mi., 01.07.2015

Regierungspräsident von Arnberg

Überraschende „Urlaubsvertretung“

Düsseldorf/Arnsberg -

Personelle Überraschung aus der Landeshauptstadt: NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) schickt einen Vertrauten ins Sauerland, um dort „bis auf Weiteres“ die laufenden Geschäfte des Regierungspräsidenten von Arnberg zu übernehmen. Dieser Schritt läuft faktisch auf eine Entmachtung des zurzeit urlaubenden Regierungspräsidenten Gerd Bollermann (ebenfalls SPD) hinaus.

Von Frank Polke, Elmar Ries

Die Bezirksregierung in Arnberg ist unter anderem für die Unterbringung und Verteilung der Flüchtlinge in NRW zuständig. Angesichts der steigenden Asylbewerberzahlen eine Mammutaufgabe. „In diesem Jahr werden in NRW bis zu 100 000 Flüchtlinge erwartet“, begründet ein Sprecher des NRW-Innenministeriums die Personal-Entscheidung, die es in der Geschichte des Landes bisher so noch nicht gab. „Das Land trägt eine hohe Verantwortung, die Flüchtlinge menschenwürdig unterzubringen.“

„Das Land hat sich entschieden, die Bezirksregierung in Arnberg zu unterstützen.“

Auszug aus der offiziellen Begründung für die Personalentscheidung

Eine Aufgabe, deren Erfüllung man sowohl Bollermann als auch seinem Stellvertreter Volker Milk offenbar nicht mehr zutraute. In Arnberg selbst gab man sich gestern wortkarg. „Zu dieser Entscheidung können und wollen wir nichts sagen“, sagt Christoph Söbbeler, Sprecher der dortigen Bezirksregierung. Bollermann selbst, der zurzeit im Wanderurlaub ist und der im August ohnehin in den Ruhestand tritt, hatte bereits am Dienstag einer Zeitung gegenüber sein Missfallen geäußert. Hinter vorgehaltener Hand wird von einer „mindestens überraschenden Entscheidung“ des Ministeriums gesprochen.

Die CDU in NRW fordert Aufklärung: „Der amtierende SPD-Regierungspräsident ist von seinem Parteigenossen offensichtlich eiskalt und ohne Rücksprache entmachtet

worden. Dass ein Regierungspräsident während der Sommerferienzeit Urlaub macht, kann sicher nicht der Grund dafür sein – erst recht nicht, wo er kurz vor der Pensionierung steht“, sagte CDU-Innenexperte André Kuper gestern.

In den vergangenen Jahren hatte der 66 Jahre alte Regierungspräsident immer wieder für Unmut und Kritik gesorgt. 2010 musste er im Zusammenhang mit dem PCB-Skandal beim Dortmunder Entsorger Envio einräumen, dass seine Behörde ihrer Aufsichtspflicht nicht nachgekommen war. Wenig später beklagten Landräte und Politiker in Südwestfalen öffentlich das „Fehlverständnis“ des SPD-Politikers über die Aufgaben und Funktionen von Kreisen – Bollermann hatte diesen in seiner Funktion als Kommunalaufsicht „finanztechnische Verhaltensregeln“ erklären wollen.

Im Münsterland zog er bereits im Jahr 2010 den Zorn auf sich, als er in Borken, Nordwalde und Drensteinfurt Info-Materialien zum Thema Erdgassuche und Fracking verteilen ließ, deren Inhalte wortwörtlich aus Publikationen des Energiekonzerns Exxonmobil stammten. Pikant am Rand: Exxon bemühte sich seinerzeit in den drei Münsterland-Gemeinden um eine Bohr-Lizenz, für deren Vergabe Bollermanns Haus als landesweite Bergbau-Behörde zuständig ist.

„Bis auf Weiteres“ soll nun Burkhard Schnieder die Geschäfte in Arnsberg übernehmen. Der stellvertretende Leiter des Verfassungsschutzes gilt als ausgewiesener Experte in Sachen Flüchtlingsunterbringung. Ob Schnieder allerdings langfristig in Arnsberg bleiben wird, ist unklar.

Aufnahmestopp in Flüchtlingsheim

Wegen dreifacher Überbelegung hat eine Einrichtung für Flüchtlinge in Dortmund-Hacheney einen Aufnahmestopp verhängt. In der Nacht zum Mittwoch hätten 870 Menschen auf dem Gelände geschlafen, teilte die Stadtverwaltung mit. Die Erstaufnahmeeinrichtung verfüge jedoch nur über 300 reguläre Plätze – plus 50 Notfallplätze. Eine geordnete Weitervermittlung der Menschen sei nicht möglich, weil es in NRW keine ausreichenden Kapazitäten gebe, hieß es.

Zudem seien einige Einrichtungen derzeit krankheitsbedingt geschlossen, etwa wegen Windpocken oder Magen-Darm-Infekten. In der Vergangenheit sei das Haus in Dortmund immer wieder teils dramatisch überbelegt gewesen - diesmal halte diese Situation bereits seit dem 8. Juni an. Unter den Flüchtlingen seien besonders viele Menschen aus Albanien und Syrien. In den ersten sechs Monaten sind insgesamt 43 000 Flüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen gekommen - genauso viel wie im ganzen Jahr 2014.